

Frieder Otto Wolf

Retraktationen zu Libyen

Vorbemerkung

Inzwischen ist Einiges geschehen, was zunächst noch offene Fragen geklärt hat.¹ Mein erster Versuch, aus humanistischen Prinzipien heraus zu der Resolution des UN-Sicherheitsrates und dem sich darauf berufenden NATO-Einsatz bedarf daher einiger Klarstellungen. Diese beziehen sich nicht auf die vertretenen grundsätzlichen Positionen, sondern auf inzwischen beantwortbar gewordene Tatsachenfragen, durch die sich selbstverständlich die Applikation der Prinzipien verändert.

Ich denke immer noch, dass das von der UNO proklamierte „Prinzip der Schutzverantwortung (*responsibility to protect*)“² eine sinnvolle und sogar erforderliche Weiterentwicklung des Völkerrechts darstellt: Die Staaten der Weltgemeinschaft müssen ihre Souveränität als Mitgliedstaaten modulieren, d. h. sich UNO-Entscheidungen und Rechtsprinzipien ganz grundsätzlich unterwerfen.

¹ Ich verweise auf meinen Text zum Thema „Humanismus und Pazifismus in Zeiten des Krieges – der „Fall Libyen“ in dieser Zeitschrift am 31. März 2011.

² Vgl. Reinhard Mutz: Libyen – Lizenz zum Töten? In: Blätter für deutsche und internationale Politik, Berlin 2011, H. 6, S. 53-56.

Das nationalistische Prinzip einer durch nichts, auch nicht durch Menschenrechte und das Völkerrecht, eingeschränkten Souveränität muss in der gegenwärtigen Welt überwunden werden. Die angesichts der realen Weltlage immer noch nicht von der Hand zu weisende Befürchtung, dass dies zu einem Instrument imperialer Hegemoniepolitik „umfunktioniert“ werden könnte, macht es sicherlich erforderlich, immer wieder zu prüfen, ob diese Maßstäbe etwa auch an die USA oder an ehemalige „Weltmächte“ wie Großbritannien und Frankreich angelegt werden. Die hier bestehenden Defizite sind scharf zu kritisieren. Das legitimiert aber keineswegs, deswegen anderen Betroffenen – wie etwa in Srebrenica oder in Ruanda – einen möglichen Schutz durch die Völkergemeinschaft grundsätzlich zu verweigern.

In Sachen Libyen scheinen mir jetzt aber drei Momente der Kritik an dem NATO-Einsatz aufgrund der tatsächlichen Entwicklung bzw. aufgrund von jetzt analytisch aufgedeckten Hintergründen entscheidend gestärkt zu sein:

- die *imperialen Motive* der den NATO-Einsatz führenden Hauptmächte
- das Kriegsziel des *Regime-Change* und
- die *gesellschaftspolitischen Zielvorstellungen* der Übergangsregierung in Bengasi.

Prüfen wir diese drei Momente auf dem gegenwärtigen Ereignis- und Kenntnisstand also etwas gründlicher. Dabei stütze ich mich auf zwei informative kritische Analysen, die in jüngster Zeit erschienen sind: auf den schon oben angeführten Text von Reinhard Mutz und den von Daniela Dahn.³

Die imperialen *Motive* der den NATO-Einsatz führenden Hauptmächte

Ich denke, Frank Deppe hat recht, wenn er zum Stichwort „Ölimperalismus“ feststellt: „Die globale Hegemonialpolitik der USA nach dem Zweiten Weltkrieg war daher nicht allein auf die ‘Eindämmung’ (containment) bzw. auf das ‘Zurückrollen’ (roll back) des Sozialismus / Kommunismus in der Welt gerichtet, sondern zielte immer auch auf die Beherrschung der Räume, in denen Erdöl gefördert wird.“⁴

³ Vgl. Daniela Dahn: Störfaktor Gaddafi. In: Blätter für deutsche und internationale Politik, Berlin 2011, H.7, S. 35-39.

⁴ Frank Deppe: Politisches Denken im Übergang ins 21. Jahrhundert. Hamburg 2010.

Auch Elmar Altvater überzeugt mich mit seiner Feststellung, dass zu Anfang unseres Jahrhunderts „die Sicherung der Energieversorgung ... höchste Priorität in der US-Außenpolitik [erlangt]“⁵ Daraus lässt sich allerdings noch nicht belegen, dass es auch in Libyen um einen „Krieg um Öl“ geht. Gaddafi galt einmal als zwar kantiger, aber doch eher verlässlicher Partner „des Westens“ – so sehr, dass noch in jüngerer Zeit der BND und Ausbilder aus der deutschen GSG 9 seine Geheimdienstler und Repressionsspezialisten ausgebildet hat, wie Daniela Dahn in ihrem Text anführt.

Sie nennt ein erheblich plausibleres, weil konkreter politisches Motiv der den NATO-Einsatz führenden Mächte: „Gaddafi war der Einzige, der es wagte, dem Westen ... ein Ultimatum zu stellen. ... Gaddafi war zweifellos die treibende Kraft im antikolonialen Kampf der Afrikanischen Union. ... Doch Gaddafis ganze unberechenbare Widerspenstigkeit soll im programmatischen Vakuum, das die arabischen Revolutionen vorerst hinterlassen haben, keinerlei Anknüpfungspunkt mehr bieten.“⁶ Das gilt vermutlich für Großbritannien und Frankreich, die in Afrika und im Mittelmeerraum noch Reste alter „Einflusszonen“ verteidigen können, noch eindeutiger als für die USA.

Auch dies ist ein imperiales Kriegsmotiv, dem gegenüber die behaupteten Motive des Protests gegen die auch schon zu Zeiten einer engen Zusammenarbeit des Westens mit Gaddafis Libyen begangenen Menschenrechtsverletzungen und der Abwehr eines drohenden Massakers zumindest verblasen, wenn nicht gänzlich unglaubwürdig werden. Und dieser Verdacht erhärtet sich angesichts des Umgangs derselben westlichen Regierungen mit anderen Diktatoren im Nahen Osten – etwa mit der herrschenden Wahhabiten-Clique in Saudi-Arabien, die immer noch geradezu hofiert, durch schwere Bewaffnung und militärisch-geheimpolizeiliche Ausbildung gestärkt wird.

Auch die Feststellungen von UN-Agenturen zur für einen autoritären Staat nicht besonders schlechten Menschenrechtssituation in Libyen unter Gaddafi⁷ und zu seinem eher guten Stellenwert im vergleichenden *Human Development Index* (HDI)⁸ machen die plötzlich vorgenommene Einschätzung als „Schurkenstaat“ nicht nachvollziehbar. Die Meldungen vom 19. März, „Gad-

⁵ Elmar Altvater: Das Ende des Kapitalismus, wie wir ihn kennen. Eine radikale Kapitalismuskritik. Münster 2005, S. 130.

⁶ Dahn: Störfaktor Gaddafi, S. 39.

⁷ Vgl. Joachim Guillard: Nato-Krieg gegen Libyen. Heidelberg 2011.

⁸ Vgl. Mutz: Libyen, S. 53.

dafis Armee gehe mit Luftangriffen gegen friedliche Demonstranten vor“, sind bis heute ohne Bestätigung geblieben. Da fällt es schwer, dem Bischof von Tripolis zu widersprechen, der „die NATO-Luftangriffe als zunehmend aggressiv und unmoralisch“ geißelt.⁹

Kriegsziel des Regime-Change

Schon im April haben die Staats- und Regierungschefs der USA, Großbritanniens und Frankreichs das von den NATO-Angriffen verfolgte Kriegsziel gegenüber dem Sicherheitsratsbeschluss von 17. März 2011 eindeutig „umdefiniert“ – und damit die Legitimationsgrundlage verlassen, welche das „Schutzverantwortungsprinzip“ ihnen zunächst jedenfalls dem Anschein nach geboten hatte: In einem zeitgleich (am 15. April 2011) in „Washington Post“, „Times“ und „Le Figaro“ erschienenen, gemeinsam gezeichneten Artikel haben Obama, Cameron und Sarkozy die „Beseitigung des Diktators“ zum Ziel der militärischen Aktionen erklärt.

Das war nicht nur „einseitig und ohne jede rechtliche Grundlage“,¹⁰ es hat den Angriffen auch eindeutig die Grundlage entzogen, die für sie im Schutzprinzip in Anspruch genommen war – und zwar ganz unabhängig davon, ob „die behaupteten Massaker Gaddafis frei erfunden sind“ (wie der Bischof von Tripolis behauptet).¹¹ Auch die inzwischen erfolgten Waffenlieferungen an die Rebellen in Bengasi sind ein eindeutiger Verstoß gegen den Libyen-Beschluss des UN-Sicherheitsrates, der sie ausdrücklich verbietet.¹²

Aber geht es hier nicht vielleicht ganz einfach um „die Kaltstellung eines skrupellosen Terroristen“?¹³ In der Tat ist Gaddafi für den La-Belle-Anschlag in Berlin im April 1986 und für den Lockerbie-Anschlag im Juli 1986 verantwortlich zu machen. Dass dies Reaktionen auf vergleichbare militärische Übergriffe der USA gewesen sind – woran Daniela Dahn erinnert –, entschuldigt diese Terrorakte nicht.

⁹ Vgl. Presseorgan der Päpstlichen Missionswerke unter „fides.org“, zitiert nach Dahn: Störfaktor Gaddafi, S. 37, FN 5.

¹⁰ Dahn: Störfaktor Gaddafi, S. 37.

¹¹ Vgl. Dahn: Störfaktor Gaddafi, S. 37.

¹² Vgl. Mutz: Libyen, S. 55 f.

¹³ Dahn: Störfaktor Gaddafi, S. 38.

Aber nichts spricht für eine „Wiederholungsgefahr“, der dann präventiv zu begegnen wäre – ganz im Gegenteil, durch seine Zusammenarbeit mit westlichen Geheimdiensten schien sich Gaddafi vollständig „rehabilitiert“ zu haben.

Die gesellschaftspolitischen Zielvorstellungen der Übergangsregierung in Bengasi

Die politischen Vorstellungen der Übergangsregierung in Bengasi erinnert an die erste Generation der Übergangsregierungen im Osteuropa nach der Wende: „Der Acht-Punkte-Plan der rebellierenden Übergangsregierung, formuliert von Ökonomen, die bis vor kurzem in den USA gelehrt haben, zeichnet nun das Bild einer vorbildlichen westlichen Gesellschaft. Die Kredite der G 8, verbunden mit den üblichen Auflagen für die kapitalistische Schocktherapie, sichern ihnen [vermutlich den USA, FOW] ihren künftigen ökonomischen Einfluss.“¹⁴ Es fällt schwer Daniela Dahn zu widersprechen, wenn sie festhält, dass es „in der Zeit nach dem Zweiten Weltkrieg keine revolutionären Erhebungen gegeben [habe], die die Finanzmächtigen nicht dazu genutzt hätten, ihre Verwertungsbedingungen zu verbessern“¹⁵ – und das muss selbstverständlich bei der Beurteilung derartiger historischer Prozesse berücksichtigt werden.

Den jungen Leuten, die heute in Bengasi – wie vor etwas über zwanzig Jahren in Osteuropa – skandieren „Wir wollen unsere Revolution allein machen. Wir sind das Volk“ wird unter den bisher bekannt gewordenen Vorstellungen der Rebellen eine herbe Enttäuschung ihrer Hoffnungen voraussichtlich nicht erspart werden. Aber was könnte denn überhaupt anders sein oder anders verlaufen?

So lange wie sich hier keine alternativen Vorstellungen entwickelt und konsolidiert haben werden, wird es kaum möglich sein, derartige Enttäuschungen zu vermeiden. Vielleicht wäre es eine produktive Idee, darüber nachzudenken, wie denn der humanistische Grundgedanke der gleichen Selbstbestimmung aller Menschen in allen ihren Lebensbereichen in gesellschaftspolitische Konzepte übersetzt werden könnte – eine direkte Anknüpfung an die

¹⁴ Dahn: Störfaktor Gaddafi, S. 39.

¹⁵ Dahn: Störfaktor Gaddafi, S. 39

revolutionäre Aufbruchsstimmung, wie sie zur Zeit in der arabischen Welt immer noch um sich greift, dürfte nicht schwer fallen.

Die Schwierigkeit liegt offenbar in einer adäquaten Übersetzung dieser Wünsche in die alltägliche Realität der „Mühen der Ebene“. Und ganz sicher sind militärische Interventionen und Bürgerkriege dabei nicht hilfreich, sondern bestenfalls hinderlich, wenn nicht sogar destruktiv.

Die „Schutzverantwortung“ gebietet jedenfalls deutlich erkennbar etwas anderes, als eine Militäraktion, im Klartext einen Krieg, zu führen, in dem es letztlich doch nur um Macht und Einfluss in einer Weltregion geht. Nun ist es zwar aus guten Gründen ein verbreitetes Volksvorurteil, das Rechtsfragen immer etwas Heuchlerisches an sich haben, weil es letztlich doch nur um Machtverhältnisse ginge. Aber es wäre ein schwerer Fehler, deswegen den Kampf um Rechtsfragen aufzugeben – nicht nur für Humanistinnen und Humanisten. Rechtszynismus bringt niemanden weiter – nicht einmal im machtpolitisch besonders verminten Gelände des internationalen Rechts.

Demgemäß sollte sich die Kritik an dem NATO-Angriffen auf Libyen nicht auf die Resolution des UN-Sicherheitsrates richten, sondern auf dessen offensichtliche Nichteinhaltung durch die NATO – und auch Humanistinnen und Humanisten sollten sich positiv den Forderungen nach einem unverzüglichen Waffenstillstand anschließen, wie er aufgrund der vorliegenden Vorschläge der Türkei und einer Abordnung der Afrikanischen Union möglich wäre.¹⁶

Zum Schluss

In Würdigung dieser tatsächlichen Entwicklungen drängt sich heute die Schlussfolgerung auf, dass es nicht nur ein Verdienst der deutschen Bundesregierung gewesen ist, sich aus diesem Kriegseinsatz zumindest herausgehalten zu haben. Es wäre heute ihre Aufgabe, in der UNO und auch innerhalb der NATO vernehmbar gegenzuhalten: Dieser NATO-Einsatz stellt inzwischen bestenfalls einen Missbrauch des Schutzprinzips des Völkerrechts dar (wenn er nicht von vorneherein nur eine heuchlerische Inanspruchnahme zu Propagandazwecken gewesen ist).

¹⁶ Vgl. Mutz: Libyen, S. 56.

Es gibt aber auch keinen Grund, sich nun umgekehrt mit Gaddafi zu solidarisieren oder zu der opportunistischen Haltung ihm gegenüber zurückzukehren, welche die deutsche Bundesregierung bis Ende 2010 ihm gegenüber praktiziert hat. Es gibt in Libyen einen Bürgerkrieg – und die menschlichste Form der Beendigung eines Bürgerkriegs ist immer eine politische Lösung: Nur die kriegführenden Parteien selber können Frieden schließen – und sie müssen das tun, um hinterher wieder in einem Gemeinwesen zusammenleben zu können. Aber man kann auch von außen deutlich machen, dass ein Friedensschluss erwünscht ist und nicht etwa aus Rachegefühlen oder moralischen Bewertungen des Handelns einer der Parteien abgelehnt wird.

Anhang: Eine Bemerkung zur Wissenschaftslage

Dem Kundigen wird aufgefallen sein, dass ich mich jeder Art von gesellschaftstheoretisch gestützter Zeitdiagnose enthalte. Das liegt nicht etwa daran, dass es keine gäbe – es gibt sie im Überfluss – oder dass ich sie nicht kennen würde – ich kenne sie bis zum Überdruß; sondern daran, dass ich zum einen nicht glaube, dass sie in einem Zustand sind, der uns humanistisch engagierten Zeitgenossen in der Beurteilung zeitgenössischer politischer Fragen weiterhelfen – selbst diejenigen, die nicht deutlich erkennbar falsch sind, wie die Theorie des Imperialismus als „höchstes Stadium des Kapitalismus“ oder das Theorem, wir befänden uns in einem Zeitalter der „immateriellen Produktion“, in dem Erdöl längst durch Kreativität ersetzt sei, sind in einem prekären Zustand, der von der Krise der Sozialwissenschaften und der Krise des Marxismus so stark beeinträchtigt sind, dass tragfähige Orientierungen in aller Regel nicht von ihnen zu erwarten sind – und sie sind außerdem heftig umstritten, so dass sie nicht ohne Weiteres als tragfähige Bezugspunkte in einer klärenden politischen Deliberation herangezogen werden können.

Dann bleiben nur einerseits die Prinzipien, deren Anwendung man vertritt – und andererseits die Tatsachen, wie wir sie aus mehr oder minder verlässlichen Berichten und Analysen kennen, und auf die dann die vertretenen Prinzipien angewendet werden. Auf dieser Ebene halte ich eine tragfähige rationale Argumentation auf humanistischen Positionen für immerhin noch möglich – mir ist durchaus bewusst, dass die Tatsachen auf die menschlich sich bezieht, selber bezweifelt werden können.

Aber ich habe die Hoffnung noch nicht aufgegeben, dass noch kein Anlass dafür besteht, den Bezug auf die zeitgeschichtlich erkennbaren Tatsachen etwa im Strudel von Verschwörungstheorien letztlich aufzugeben. Denn dann wäre gar keine rationale Verständigung mehr möglich.